

Bund Deutscher Rechtspfleger, Am Fuchsberg 7,
06679 Hohenmölsen

Bundesministerium der Justiz und für
Verbraucherschutz

1. September 2016

**Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2015/848 über
Insolvenzverfahren**

Schreiben vom 2. August 2016 (RA6 9343/8-1 R3 387/2016)

Sehr geehrter Herr Bundesminister,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Bund Deutscher Rechtspfleger bedankt sich für die Gelegenheit, eine Äußerung zu dem
Referentenentwurf des Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2015/848 über
Insolvenzverfahren abgeben zu können.

Den in Art. 1 des Entwurfs (Änderung des Rechtspflegergesetzes) vorgesehenen
Richtervorbehalt halten wir nicht für erforderlich. Die Entwurfsbegründung zieht eine Parallele
zu § 18 Abs. 3 RPflG, der seinerseits im Zusammenhang mit § 11 Abs. 3 Satz 2 RPflG zu
sehen ist. Im Falle des § 77 InsO ist die Entscheidung über das Stimmrecht in der vom
Rechtspfleger geleiteten Gläubigerversammlung zu treffen. Da der Richter in dieser
Versammlung regelmäßig nicht anwesend ist, würde der „gewöhnliche“ Weg einer Erinnerung
gegen die Entscheidung des Rechtspflegers zu einer Unterbrechung des Termins führen
müssen, damit zunächst die richterliche Entscheidung herbeigeführt werden kann. Dagegen
wird die Abstimmung über die Zusicherung nach Art. 102c § 15 Abs. 1 EGIinsO-E nicht vom
Gericht, sondern vom Insolvenzverwalter geleitet. Eine gerichtliche Entscheidung nach Art.
102c § 16 Abs. 1 Satz 3 EGIinsO-E ist somit außerhalb des Termins zu treffen. Wird in diesem
Fall die Entscheidung des Rechtspflegers mit der Erinnerung nach § 11 Abs. 2 RPflG
angefochten, so wird der Richter derselben Instanz regelmäßig zeitnah erreichbar sein. Eine
unvertretbare Verzögerung wird daher nicht eintreten.

Kontakt

Mario Blödtner
Bundesgeschäftsführer
E-Mail: mbloedtner@bdr-online.de
Tel.: +49 (0) 34441 599 011
Fax.: +49 (0) 34441 242 27

Postanschrift

Bund Deutscher Rechtspfleger
Am Fuchsberg 7
06679 Hohenmölsen

E-Mail: post@bdr-online.de

Sollte ein Richtervorbehalt dennoch als erforderlich angesehen werden, so regen wir an, diesen systematisch nicht – wie im Entwurf vorgesehen – in § 18 RPfIG, sondern in § 19a RPfIG zu regeln, der bereits jetzt einzelne Richtervorbehalte nach internationalem Insolvenzrecht enthält. Als Folgeänderung wäre § 3 Nr. 2 Buchst. g RPfIG anzupassen.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Lämmer
Bundesvorsitzender

Klaus Rellermeyer
Stellvertretender Bundesvorsitzender